

## **Freier Zugang zu Beratung – 150 Meter Schutzzone um Schwangerenberatungsstellen**

*Pforzheim, 19.10.2018. Zum zweiten Mal in diesem Jahr versammeln sich vor der Beratungsstelle von pro familia in Pforzheim täglich und insgesamt erneut 40 Tage lang Gegner \*innen reproduktiver Selbstbestimmung zu sogenannten „Mahnwachen“. Sie protestieren gegen das Recht von Frauen, über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden und gegen die geltende rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland. Damit stören sie die Beratungsarbeit, belästigen Ratsuchende und hebeln ihre Rechte auf vertrauliche und anonyme Beratung aus. Das Geschäftsführungs- und Leitungsgremium der Beratungsstellen im Land war vor Ort und fordert, Schutz zonen von 150 Metern gesetzlich festzuschreiben.*

Die Beratungsstelle gehört zu den 124 staatlich anerkannten Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Land, die einen gesetzlichen Auftrag erfüllen. Frauen, Paare und Familien wenden sich zur Klärung ihrer Fragen rund um Familiengründung, Schwangerschaft, Geburt, Elternzeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf an die Beratungsstelle. Sie erhalten Unterstützung bei der Beantragung finanzieller Hilfen sowie bei Paarproblemen. Die Beratungsstelle übernimmt zusätzlich Aufgaben im Rahmen der Jugendhilfe.

Nach der in Deutschland gültigen Beratungsregelung sind Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, verpflichtet, sich in einer anerkannten Beratungsstelle beraten zu lassen. Das Schwangerschaftskonfliktgesetz definiert diese Beratung und schreibt zum Schutz des ungeborenen Lebens eine unverzügliche, ergebnisoffene, professionelle Beratung vor, die in jedem Fall vertraulich und auf Wunsch anonym zu erfolgen hat. In Pforzheim versammeln sich schon zum zweiten Mal in diesem Jahr Demonstrierende vor der Beratungsstelle, die diese gesetzlich garantierten Rahmenbedingungen massiv stören. Mit großen Plakaten und Gebeten schaffen sie vor der Beratungsstelle 40 Tage lang eine Szenerie, die ratsuchende Frauen und Männer belästigt, Druck erzeugt und deren Persönlichkeitsrechte verletzt. Anonymität ist nicht gewährleistet.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass sich die Demonstrierenden ausgerechnet einen Ort der Beratung und Unterstützung ausgewählt haben, um ihrer Ablehnung der rechtlichen Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen Ausdruck zu verleihen“ stellt Gudrun Christ, Geschäftsführerin des Landesverbandes Baden-Württemberg von pro familia fest. „Damit hebeln sie Rechte aus und erschweren die Beratung. Besonders respektlos ist diese Aktion gegenüber den Frauen und Paaren, die eine ungewollte Schwangerschaft in eine Krise gestürzt hat.“

Das Geschäftsführungs- und Leitungsgremium der 19 pro familia Beratungsstellen sowie fünf Außenstellen in Baden-Württemberg, das sich am Freitag einen Eindruck vor Ort verschaffte, sieht die Politik in der Pflicht. „Wir fordern gemeinsam mit dem Gesamtverband, gesetzlich zu regeln, dass es Schutz zonen von 150 Metern um Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen gibt, wie dies z.B. in Österreich und Frankreich bereits umgesetzt ist“, so die Sprecherinnen des Gremiums, Petra Krug und Oranna Keller-Mannschreck. Durch eine Ergänzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes solle der Gesetzgeber Bedingungen definieren, wie die Vertraulichkeit der Beratung sichergestellt werden kann. „Wir nehmen unsere Aufgabe sehr ernst, Frauen zu helfen, eine verantwortliche Entscheidung zu treffen. Dies darf nicht durch Belästigungen torpediert werden. Für die Frauen darf die Beratung nicht zum demütigenden Spießrutenlauf werden“, so die Geschäftsführerin aus Pforzheim, Edith Münch.

### **Pressekontakt:**

Gudrun Christ, Geschäftsführerin pro familia Baden-Württemberg, [gudrun.christ@profamilia.de](mailto:gudrun.christ@profamilia.de)

Tel.: 0711-2599353, mobil 0170-6311280